

PEPE PFAD

Rechtsquellenkonflikte im Internationalen Privatrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

538

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

538

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:
Holger Fleischer, Ralf Michaels, Anne Röthel



Pepe Pfad

Rechtsquellenkonflikte im Internationalen Privatrecht

Eine kritische Betrachtung
der Art. 23, 24, 25 Rom I-VO,
Art. 27, 28 Rom II-VO und
Art. 3 EGBGB

Mohr Siebeck

Pepe Pfad, geboren 1995; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität zu Köln; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für internationales und ausländisches Privatrecht der Universität zu Köln; Rechtsreferendariat am Landgericht Köln.

Köln, Univ., Dissertation 2023

ISBN 978-3-16-163221-1 / eISBN 978-3-16-163222-8

DOI 10.1628/978-3-16-163222-8

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: Laupp & Göbel, Gomarigen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Für Tamara

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln im Juli 2022 als Dissertation angenommen. Am 26. Juni 2023 fand die Disputation statt. Die Veröffentlichung berücksichtigt Literatur, Gesetzgebung und Rechtsprechung bis einschließlich Oktober 2024.

Mein erster Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Dr. h.c. *Heinz-Peter Mansel*. Seine besonnene Art hat in allen Stadien meines Dissertationsvorhabens wesentlich zu deren Gelingen beigetragen. Seine Betreuung während der drei Jahre war durch Zuspruch und gegenseitige Wertschätzung geprägt. Neben dieser menschlichen Bereicherung durfte ich seine herausragende Expertise insbesondere auf dem Gebiet des Internationalen Privatrechts erfahren, durch die jeder Austausch über mein Dissertationsvorhaben zu einem fachlichen Gewinn wurde. Zudem konnte ich als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an dem von ihm geführten Institut für internationales und ausländisches Privatrecht der Universität zu Köln Erfahrungen sammeln, von denen ich mein Leben lang profitieren werde.

Darüber hinaus gilt mein Dank Herrn Professor Dr. *Bernhard Kempen* für die Übernahme des Zweitgutachtens, seine zügige Erstellung desselben sowie seinen völkerrechtlichen Blick auf meine Arbeit. Den Herausgebern dieser Schriftenreihe, dem Direktorium des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe.

Mein weiterer Dank gilt Frau Professorin Dr. *Marta Pertegás Sender*, unter deren Betreuung ich einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt an der Universität Maastricht verbringen durfte. Sie nahm sich Zeit für zwei ausgiebige Gespräche, von denen meine Arbeit durch ihren Einblick in die Abläufe der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht enorm profitieren konnte. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei der Dr. Wilhelm Westhaus-Stiftung für die finanzielle Förderung während meiner Zeit in Maastricht bedanken.

Außerdem möchte ich mich bei allen Freunden und Kollegen bedanken, mit denen zusammen ich meine Zeit am Institut für internationales und ausländisches Privatrecht teilen durfte und die mir immer mit klugen Ratschlägen weitergeholfen haben.

Meinen Eltern Monika und Uwe möchte ich besonders danken. Diese haben mich stets bei meinen Vorhaben unterstützt und ihr Zuspruch begleitet mich mein Leben lang.

Mein liebster Dank gilt meiner Frau Tamara. Sie unterstützt mich bei meinen Entscheidungen und gab mir immer wieder Anregungen für die Ausgestaltung meiner Arbeit. Ich danke ihr für ihre verständnisvolle Art in jeder Stunde – viel zu oft auch in der Freizeit –, in der ich gedanklich bei dieser Arbeit war. Ihr widme ich meine Arbeit.

Swisttal, im Oktober 2024

Pepe Pfad

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Schaubild – Rechtsquellenkonflikte im Internationalen Privatrecht	XXVII
Kapitel 1: Einleitung	1
<i>A. Themenhinführung: Rechtsquellenkonflikt im IPR</i>	1
<i>B. Untersuchungsgegenstand und Ziele der Arbeit</i>	2
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	4
Kapitel 2: Rechtsquellen des IPR	5
<i>A. Nationales Recht (am Beispiel des deutschen Rechts)</i>	5
<i>B. Europarecht</i>	6
<i>C. Völkerrecht</i>	10
<i>D. Zusammenfassung</i>	13
Kapitel 3: Zur Begrifflichkeit <i>Rechtsquellenkonflikt</i> im IPR	15
<i>A. Begriff Rechtsquellenkonflikt</i>	15
<i>B. Historische Annäherung an den Rechtsquellen- und Normenkonflikt im IPR</i>	22
<i>C. Konflikt der ersten Dimension im IPR</i>	25
<i>D. Konflikt der zweiten Dimension im IPR (Spannungsverhältnisse)</i>	27
<i>E. Zwischenergebnis</i>	28
Kapitel 4: Verhältnis der Rechtsquellen des IPR untereinander	31
<i>A. Ordnungsprinzipien des Rechts</i>	31
<i>B. Normenhierarchie im IPR</i>	48
<i>C. Zwischenergebnis</i>	55

Kapitel 5: Rechtsquellenkonflikte im Regelungsnetz des IPR <i>de lege lata</i>	57
A. Rechtsquellenkonflikte im IPR <i>de lege lata</i>	57
B. Gesamtschau der gefundenen Ergebnisse	204
C. Ergebnis zu den Rechtsquellenkonflikten <i>de lege lata</i>	207
 Kapitel 6: Weitere Vereinheitlichung des Regelungsbestands des IPR <i>de lege ferenda</i>	 209
A. Relevanz der Behebung von Rechtsquellenkonflikten im IPR <i>de lege ferenda</i>	 210
B. Behebung der Konflikte innerhalb einer Normebene (ebeneninterner Konflikt)	 212
C. Behebung der Konflikte zwischen den Normebenen (ebenenexterner Konflikt)	 218
D. Ergebnis zur Konfliktvermeidung <i>de lege ferenda</i> – der „Idealweg“	234
 Kapitel 7: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform	 237
 Literaturverzeichnis	 251
Stichwortverzeichnis	271

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Schaubild – Rechtsquellenkonflikte im Internationalen Privatrecht	XXVII
Kapitel 1: Einleitung	1
<i>A. Themenhinführung: Rechtsquellenkonflikt im IPR</i>	1
<i>B. Untersuchungsgegenstand und Ziele der Arbeit</i>	2
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	4
Kapitel 2: Rechtsquellen des IPR	5
<i>A. Nationales Recht (am Beispiel des deutschen Rechts)</i>	5
<i>B. Europarecht</i>	6
I. Kollisionsnormen im Sekundärrecht der EU	7
II. Kollisionsrecht im Primärrecht der EU	9
<i>C. Völkerrecht</i>	10
I. Multilaterale völkerrechtliche Verträge	10
II. Bilaterale völkerrechtliche Verträge	13
<i>D. Zusammenfassung</i>	13
Kapitel 3: Zur Begrifflichkeit <i>Rechtsquellenkonflikt</i> im IPR	15
<i>A. Begriff Rechtsquellenkonflikt</i>	15
I. Rechtsquellenkonflikt zwischen Regelungsregimen	16
II. Normenkonflikt	17
1. Normenkonkurrenz und Normenkollision	17
2. Begriff des <i>Normenkonflikts</i> im IPR	18

III. Weitere Besonderheiten	20
1. Ebeneninterner und ebenenexterner Konflikt	20
2. Intertemporaler Konflikt	20
3. Prüfungsgang (Prüfungsreihenfolge)	21
B. <i>Historische Annäherung an den Rechtsquellen- und Normenkonflikt im IPR</i>	22
C. <i>Konflikt der ersten Dimension im IPR</i>	25
D. <i>Konflikt der zweiten Dimension im IPR (Spannungsverhältnisse)</i>	27
E. <i>Zwischenergebnis</i>	28
 Kapitel 4: Verhältnis der Rechtsquellen des IPR untereinander	 31
A. <i>Ordnungsprinzipien des Rechts</i>	31
I. Ordnungsprinzipien bei Konkurrenzen (Konkurrenzregeln)	32
II. Ordnungsprinzipien bei Kollisionen (Kollisionsregeln/Kollisionsgrundsätze)	32
1. <i>Lex-superior</i> -Grundsatz	33
2. <i>Lex-specialis</i> -Grundsatz	33
3. <i>Lex-posterior</i> -Grundsatz	34
III. Zwischen konformer und freundlicher Auslegung	34
1. Verfassungskonforme Auslegung	35
2. Europarechtskonforme und europarechtsfreundliche Auslegung	36
a) Primärrechts-, sekundärrechts-, richtlinienkonforme Auslegung	36
b) Europarechtsfreundliche Auslegung	38
aa) Europarechtsfreundliche Auslegung nationalstaatlicher Rechtssätze	38
bb) Europarechtsfreundliche Auslegung völkerrechtlicher Rechtssätze	39
3. Völkerrechtskonforme Auslegung	40
a) Begriffsproblematik	40
b) Völkerrechtsfreundliche Auslegung	42
4. Rechtsordnungsfreundliche (kohärenzfördernde) Auslegung	43
IV. Methodenlehre und IPR – Zwischenfazit	44
1. Ordnungsprinzipien im IPR	45
2. Konforme und freundliche Auslegung im IPR	46
 B. <i>Normenhierarchie im IPR</i>	 48
I. Hierarchie unter Betrachtung des Art. 3 EGBGB	48

1. Art. 3 Nr. 1 EGBGB – Anwendungsvorrang des EU-Rechts	49
2. Art. 3 Nr. 2 EGBGB – Völkerrecht und nationales Recht	49
II. Stellung des Europarechts im Völkerrecht	52
C. <i>Zwischenergebnis</i>	55

Kapitel 5: Rechtsquellenkonflikte im Regelungsnetz des IPR
de lege lata 57

A. *Rechtsquellenkonflikte im IPR de lege lata* 57

I. Konflikte innerhalb einer Normebene (ebeneninterner Konflikt)	58
1. Nationales Recht (am Beispiel des deutschen Rechts)	58
a) Kohärenz innerhalb der nationalen deutschen Ordnung	58
aa) Art. 11 EGBGB und Art. 26 EGBGB	59
bb) Art. 7 EGBGB und Art. 60 ScheckG	60
b) Bedeutungsverlust des autonomen IPR	61
c) <i>Zwischenergebnis</i>	62
2. Europarecht	62
a) Kohärenzbestreben in der EU	63
aa) Versuch der Widerspruchsfreiheit im IPR der EU	63
(1) Innerhalb der Verordnungen der EU	63
(2) Zwischen den Verordnungen der EU	64
bb) Einfallstore für Rechtsquellenkonflikte im IPR der EU	65
b) Normenkonflikte aus Art. 23 Rom I-VO	67
aa) Inhalt und Auslegung des Art. 23 Rom I-VO	68
(1) „[B]erührt [...] nicht die Anwendung“	68
(a) Wortlaut	69
(b) Entstehungsgeschichte – Art. 20 EVÜ als völkerrechtliche Vorgängervorschrift	70
(c) Telos und Erwägungsgrund (40) zur Rom I-VO	71
(2) Gemeinschaftskollisionsrecht	72
(a) Richtlinienrecht und mitgliedsstaatliches Umsetzungsrecht	73
(b) Materielles Einheitsrecht der EU	75
(3) <i>Zwischenergebnis</i>	78
bb) Kollisionsrechtliche Vorschriften in Verordnungen	79
(1) Art. 3 I lit. a) VO (EWG) 3921/91 vs. Art. 5 Rom I-VO (Konflikt der ersten Dimension)	79
(a) Art. 3 I lit. a) VO (EWG) 3921/91 als Kollisionsnorm	79
(b) Konflikt mit Art. 5 Rom I-VO	80

(2) Spannungsverhältnisse durch Art. 23 Rom I-VO (Konflikt der zweiten Dimension)	82
(a) Zerstückelung der IPR-Vorschriften im Unionsrecht	82
(b) Transparenzverlust	83
(c) Rechtsunsicherheit	84
(d) Entwertung des <i>Lex-posterior</i> -Grundsatzes	85
(3) Auflösungsmöglichkeit	86
(a) Anwendung von Ausweichklauseln	86
(b) Einschränkung der Auslegung des Art. 23 Rom I-VO	87
(aa) Kein Vorrangcharakter des Art. 23 Rom I-VO	87
(bb) Möglichst kein Gemeinschaftskollisionsrecht neben der Rom I-VO	87
(cc) Einschränkung der Rechtssetzungskompetenz	88
(dd) Weitergehende Argumente	89
(4) Zwischenergebnis	89
cc) Kollisionsrechtliche Vorschriften in Richtlinien	90
(1) Richtlinienrecht und nationales Umsetzungsrecht	91
(a) Grundsatz: nationales Umsetzungsrecht maßgebend	91
(b) Vorgehensweise des EuGH am Beispiel der Entsenderichtlinie und der Klauselrichtlinie	92
(2) Art. 3 I und Ia Entsenderichtlinie/§§ 2 und 13b AEntG vs. Art. 8 Rom I-VO (Konflikt der ersten Dimension)	94
(a) Kollisionsrechtlicher Gehalt der Art. 3 I und Ia Entsenderichtlinie	94
(b) Würdigung der EuGH-Rechtsprechung aus Sicht des IPR	96
(c) Konflikt mit Art. 8 Rom I-VO	97
(3) Art. 6 II KlauselRL/Art. 46b EGBGB vs. Art. 3 IV vs. Art. 6 II Satz 2 Rom I-VO (Konflikt der ersten Dimension)	99
(a) Art. 6 II KlauselRL/Art. 46b EGBGB als allseitige Kollisionsnorm	99
(b) Art. 3 IV und Art. 6 II Rom I-VO	101
(aa) Allgemeine Geschäftsbedingungen unter der Rom I-VO	101
(bb) Konflikt mit Art. 3 IV und Art. 6 II Satz 2 Rom I-VO	103
(cc) Fallbeispiel	106
(c) Erster Systematisierungsansatz	108
(aa) Zwischen Normenkonkurrenz und Normenkollision	108

(bb) Keine Berücksichtigung des Art. 3 IV Rom I-VO	108
(4) Spannungsverhältnisse durch Art. 23 Rom I-VO	
(Konflikt der zweiten Dimension)	110
(a) Rechtszersplitterung, Transparenzverlust, Rechtsunsicherheit, Entwertung des <i>Lex-posterior</i> - Grundsatzes	111
(b) Verhältnis zwischen Verordnung und Richtlinie	112
(c) Umsetzungsfreiheit der Mitgliedsstaaten	113
(d) Zusammenfassung	114
(5) Lösungsmöglichkeit	114
(a) Verordnungskonforme Auslegung der Richtlinien	114
(b) Stufenverhältnis zwischen Verordnung und Richtlinie	115
(c) Einschränkung der Auslegung des Art. 23 Rom I-VO	116
(6) Zwischenergebnis	118
c) Normenkonflikte aus Art. 27 Rom II-VO	119
aa) Inhalt und Auslegung des Art. 27 Rom II-VO	119
bb) Enge und einschränkende Auslegung des Art. 27 Rom II-VO	120
(1) Art. 3 E-CommerceRL	121
(2) Art. 14 lit. b) KfzHaftRL	122
(3) Art. 28 KfzHaftRL	123
(4) Zwischenergebnis	123
d) Konflikt zwischen Primärrecht und Sekundärrecht der EU	123
e) Zwischenergebnis	124
3. Völkerrecht (Konventionskonflikte)	124
II. Konflikte zwischen den Normebenen (ebenenexterner Konflikt)	126
1. Nationales Recht und Europarecht	126
2. Nationales Recht (am Beispiel des deutschen Rechts) und Völkerrecht	127
a) Art. 8 UAbs. 3 Dt.-Iran. NiederlAbk. vs. Art. 7 EGBGB (Konflikt der ersten Dimension)	127
b) Spannungsverhältnisse durch völkerrechtliche Verträge (Konflikt der zweiten Dimension)	130
aa) Spannung zwischen <i>Lex-specialis</i> - und <i>Lex-posterior</i> - Grundsatz	130
bb) Wandel des Normenumfelds	130
c) Lösungsmöglichkeit	132
aa) Kein <i>treaty override</i> durch Art. 7 EGBGB	132
bb) Wandel des Normenumfelds irrelevant	132
cc) Völkerrechtsfreundliche Auslegung	134
3. Europarecht und Völkerrecht	134

a) Rom I-VO	135
aa) Rechtsquellenkonflikt aus Art. 24 Rom I-VO (intertemporaler Konflikt)	135
(1) EVÜ vs. Rom I-VO	136
(a) Beendigung nach Art. 59 WVRK	137
(b) Konkludente Beendigung nach Art. 54 lit. b) WVRK	138
(c) Argumente für eine konkludente Beendigung des EVÜ	138
(d) Zwischenergebnis	140
(2) Behandlung von Dauerschuldverhältnissen zwischen EVÜ und Rom I-VO	141
bb) Normenkonflikte aus Art. 25 Rom I-VO	144
(1) Inhalt und Auslegung des Art. 25 Rom I-VO	144
(a) „[B]erührt nicht die Anwendung“	145
(aa) Wortlaut	146
(bb) Entstehungsgeschichte	147
(cc) Telos des Art. 25 I Rom I-VO	148
(dd) Gegenseitige Rücksichtnahme ebenfalls in völkerrechtlichen Verträgen enthalten	150
(ee) Zwischenergebnis	151
(b) „Kollisionsnormen für vertragliche Schuldverhältnisse“ – kein völkervertragliches materielles Einheitsrecht (wie das CISG) erfasst	152
(c) Zwischenergebnis	155
(2) Haager Instrumente im Anwendungsbereich der Rom I-VO	156
(a) Haager-Kaufrechtsübereinkommen	157
(b) Exkurs: HKaufÜ vs. CISG	159
(c) Art. 3 HKaufÜ vs. Art. 4 I lit. a) Rom I-VO (Konflikt der ersten Dimension)	160
(3) Spannungsverhältnisse aus Art. 25 Rom I-VO (Konflikt der zweiten Dimension)	163
(a) Zersplitterung des Kollisionsrechts	163
(b) Ermöglichung von <i>forum shopping</i>	164
(c) Zufällige Ergebnisse sowie widersprüchliche Lösungen durch Absatz 2	165
(d) Anwendungsdefizite/-fehler (Rechtsunsicherheit)	166
(e) Kompetenzchaos	167
(f) Entwertung des <i>Lex-posterior</i> -Grundsatzes	170
(4) Auflösungsmöglichkeit	170

(a) Teleologische Reduktion des Art. 20 Rom I-VO	171
(b) Analoge Anwendung des Art. 25 II Rom I-VO	172
(c) Einschränkende Auslegung des Art. 25 I Rom I-VO	172
(aa) Pauschaler Vorrang für die Kollisionsnormen der Rom I-VO bei ausschließlich innereuropäischem Bezug	173
(bb) Abwägung zwischen Verordnungskollisionsrecht und Völkerkollisionsrecht	174
(cc) Kein Verstoß gegen das europäische Primärrecht (gegen Art. 351 AEUV)	176
cc) Zwischenergebnis	180
b) Rom II-VO	182
aa) Inhalt und Auslegung des Art. 28 Rom II-VO	183
(1) „[B]erührt nicht die Anwendung“	184
(a) Wortlaut, Entstehungsgeschichte und Telos des Art. 28 I Rom II-VO	184
(b) Rücksichtnahme Klauseln des Art. 15 HProdHaftÜ und des Art. 15 HStVÜ	186
(2) „Kollisionsnormen für außervertragliche Schuldverhältnisse“	187
(3) Zwischenergebnis	187
bb) Haager Instrumente im Anwendungsbereich der Rom II-VO	187
(1) Art. 4–7 HProdHaftÜ vs. Art. 5 Rom II-VO (Konflikt der ersten Dimension)	189
(a) Anknüpfungsregime des HProdHaftÜ	189
(b) Konflikt mit Art. 5 Rom II-VO	189
(2) Art. 3 und 4 HStVÜ vs. Art. 4 Rom II-VO (Konflikt der ersten Dimension)	191
(a) Anknüpfungsregime des HStVÜ	191
(b) Konflikt mit Art. 4 Rom II-VO	192
cc) Spannungsverhältnisse aus Art. 28 Rom II-VO (Konflikt der zweiten Dimension)	193
(1) Zersplitterung des Kollisionsrechts und Ermöglichung von <i>forum shopping</i>	194
(2) Kompetenzchaos	195
dd) Auflösungsmöglichkeit	197
(1) Teleologische Reduktion des Art. 24 Rom II-VO	197
(2) Auslegung des Art. 15 HProdHaftÜ sowie des Art. 15 HStVÜ zugunsten der Rom II-VO	198
(3) Einschränkende Auslegung des Art. 28 Rom II-VO	198

ee) Zwischenergebnis	200
c) Kollisionsrechtliche Normen des Primärrechts und Völkerrecht	201
d) Zwischenergebnis	202
<i>B. Gesamtschau der gefundenen Ergebnisse</i>	204
I. Kongruente Ergebnisse	204
II. Verhältnis der Art. 23, 24, 25 Rom I-VO und Art. 27, 28 Rom II-VO untereinander	205
<i>C. Ergebnis zu den Rechtsquellenkonflikten de lege lata</i>	207
Kapitel 6: Weitere Vereinheitlichung des Regelungsbestands des IPR <i>de lege ferenda</i>	209
<i>A. Relevanz der Behebung von Rechtsquellenkonflikten im IPR de lege ferenda</i>	210
<i>B. Behebung der Konflikte innerhalb einer Normebene (ebeneninterner Konflikt)</i>	212
I. Innereuropäische Kohärenz herstellen	212
1. Definition des Begriffs „Kollisionsnorm“ im europäischen IPR	212
2. Aufhebung der weiterreichenden Gemeinschaftskollisionsnormen	213
3. Änderung oder Aufhebung der Art. 23 Rom I-VO, Art. 27 Rom II-VO	215
4. Europäische Gesamtkodifikation zum IPR	216
5. Zwischenergebnis	217
II. Konventionskonflikte vermeiden	217
<i>C. Behebung der Konflikte zwischen den Normebenen (ebenenexterner Konflikt)</i>	218
I. Vereinzelt auftretende völkervertragliche Kollisionsnormen im Anwendungsbereich des nationalen Kollisionsrechts gegebenenfalls aufheben	218
II. Vereinheitlichung des kollisionsrechtlichen Normenbestandes bei der EU oder völkervertragliche Modernisierung des IPR unter Beteiligung der EU	220
1. Kohärenz zwischen Kollisionsnormen im EU-Recht und aus völkervertraglichen Verträgen stärken	221
a) Neufestlegung der Anwendungsbereiche	221
b) Aufstellung sogenannter <i>Principles</i>	222

c) Aufnahme eines Verweises auf die Fundstellen der Listen aus Art. 26 Rom I-VO und Art. 29 Rom II-VO in Erwägungsgründen	222
d) Klauseln zum Verhältnis verschiedener Instrumente zum IPR untereinander	223
e) Zwischenergebnis	224
2. Konzentration auf das europäische IPR	224
a) Änderung der Art. 25 I Rom I-VO und Art. 28 I Rom II-VO	224
b) Kündigung der völkerrechtlichen Verträge zum IPR durch die Mitgliedsstaaten der EU	227
3. Fortbildung des völkervertraglichen IPR	227
a) Integration der Kollisionsnormen der Haager Instrumente in das europäische Kollisionsrecht	228
b) Verstärkte Präsenz der EU bei der HCCH	229
c) Modernisierung und Weiterentwicklung des IPR der HCCH	230
d) Auslegungsinstanz bei der HCCH	232
III. Zwischenergebnis	233
<i>D. Ergebnis zur Konfliktvermeidung de lege ferenda – der „Idealweg“</i>	234
Kapitel 7: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform	237
Literaturverzeichnis	251
Stichwortverzeichnis	271

Abkürzungsverzeichnis

aA	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
aE	am Ende
AEntG	Arbeitnehmerentsendegesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte Fassung
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AnfG	Anfechtungsgesetz
Anh.	Anhang
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BandHrsg.	Bandherausgeber
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BeckOGK	beck-online.Grosskommentar
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BIT	Bilateral Investment Treaty (Investitionsschutzvertrag)
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – ABl. 2001 L 12, 1
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – ABl. 2012 L 351, 1
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BW	Burgerlijk Wetboek
B2B-Geschäfte	Business-to-Business-Geschäfte (Unternehmergeschäft)
B2C-Geschäfte	Business-to-Consumer-Geschäfte (Verbrauchergeschäft)
CDT	Cuadernos de Derecho Transnacional

CESL	Common European Sales Law
CISG	Wiener UN-Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenkauf (United Nations Convention on Contracts for International Sale of Goods) – BGBl. II 1989, 586, berichtigt 1990, S. 1699
CMR	Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route – Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr; BGBl. II 1961, 1119
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
DCFR	Draft Common Frame of Reference
DSGVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) – ABl. 2016 L 119, 1; ber. ABl. 2016 L 314, 72, ABl. 2018 L 127, 2, ABl. 2021 L 74, 35
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
Dt.-Amer. Freundschaftsvertrag	Freundschafts-, Handels-, und Schifffahrtsvertrag v. 29.10.1954 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika – BGBl. II 1956, 487
Dt.-Iran. NiederlAbk.	Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien (Bezeichnung heute: Deutsch-Iranisches Niederlassungsabkommen) – RGBl. II 1930, 1006; BGBl. II 1955, 829
Dt.-Türk. NachlAbk.	Anlage zu Artikel 20 (Nachlassabkommen) des Konsularvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Türkischen Republik – RGBl. II 1930, 748; BGBl. II 1952, 608
E-CommerceRL	Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 08.06.2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“)
ECPIIL	European Commentaries on Private International Law
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der europäischen Gemeinschaft
ehem.	Ehemaliger
Einl.	Einleitung
E.L.Rev.	European Law Review
ERPL	European Review of Private Law
ErwGr	Erwägungsrund
EU	Europäische Union
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses – ABl. 2012 L 201, 107
EuGH	Europäischer Gerichtshof

EuGüVO	Verordnung (EU) Nr. 2016/1103 des Rates zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands – ABl. 2016 L 183, 1
EuInsVO	Verordnung (EU) Nr. 848/2015 des Europäischen Parlaments und des Rates über Insolvenzverfahren (Neufassung) – ABl. 2015 L 141, 19
EuIPR	Europäisches Internationales Privatrecht
EuPartVO	Verordnung (EU) Nr. 2016/1104 des Rates zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtliche Wirkungen eingetragener Partnerschaften – ABl. 2016 L 183, 30
EuR	Zeitschrift Europarecht
EuUntVO	Verordnung (EU) Nr. 4/2009 des Rates über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen – ABl. 2009 L 7, 1
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EW	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
f.	folgende
ff.	fort folgende
Finanzdienstl.-FernabsatzRL	Richtlinie 2002/65a/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.09.2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zu Änderung der Richtlinie 97/7/EG und 98/27/EG – ABl. 2002 L 271, 16
FluggastrechteVO	Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.02.2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91 – ABl. 2004 L 46, 1; ber. ABl. 2019 L 119, 202
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GEDIP	Groupe européen de droit international privé (Europäische Gruppe für Internationales Privatrecht)
gem.	gemäß
GesamHrsg.	Gesamtherausgeber
GG	Grundgesetz
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union

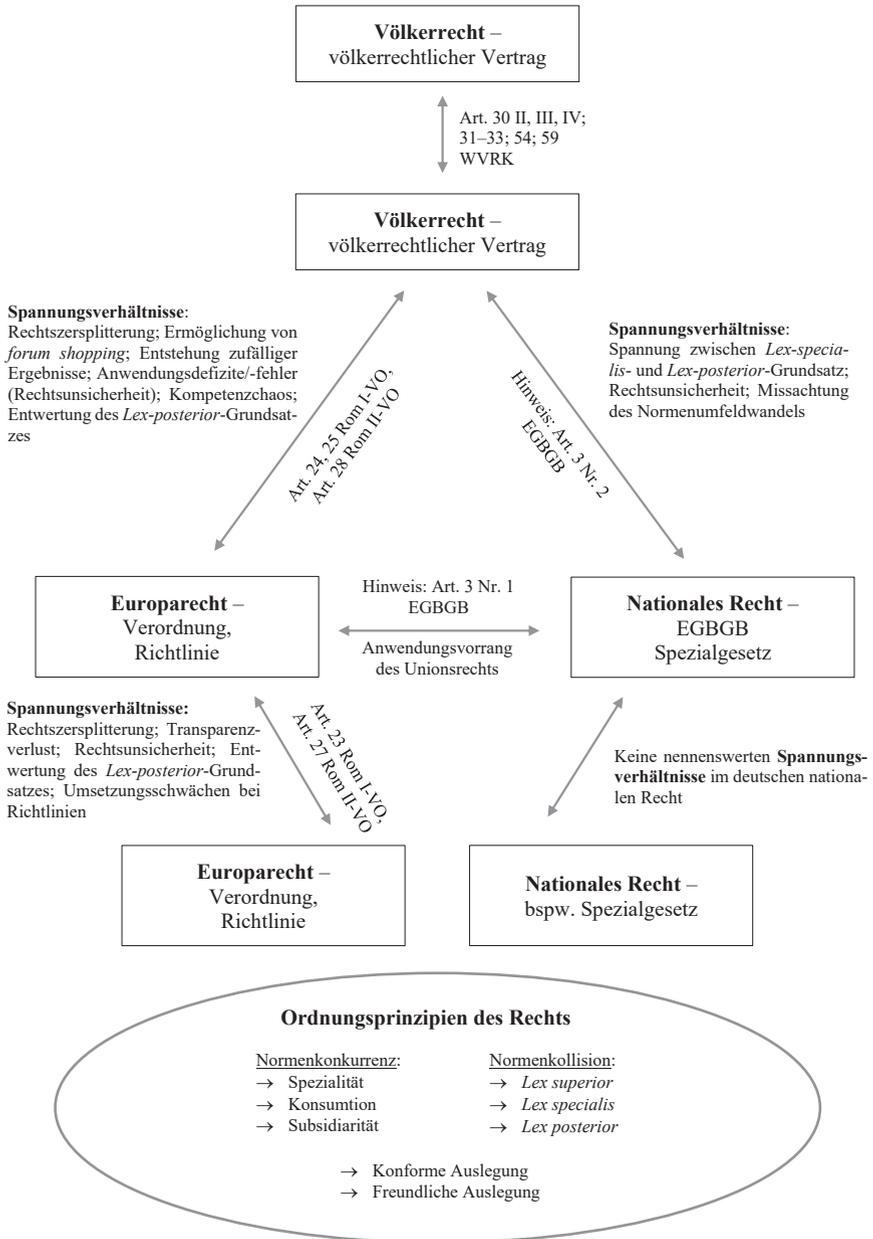
GRC/GRCh	Charta der Grundrechte der EU
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HCCH	Hague Conference on Private International Law – Conférence de La Haye de droit international privé
HK	Handkommentar
HKaufÜ	Übereinkommen v. 15.06.1955 betreffend das auf internationale Kaufverträge über bewegliche körperliche Sachen anzuwendende Recht
HProdHaftÜ	Übereinkommen v. 02.10.1973 über das auf die Produkthaftung anzuwendende Recht
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStVÜ	Übereinkommen v. 04.05.1955 über das auf Straßenverkehrsunfälle anzuwendende Recht
HStellVertrÜ	Haager Übereinkommen über das auf Vertreterverträge und die Stellvertretung anwendbare Recht vom 14.03.1978
HTestformÜ	Übereinkommen v. 05.10.1961 über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht – BGBl. II 1965, 1144, 1145
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly
InsO	Insolvenzordnung
int.	internationales
IntWR	Internationales Wirtschaftsrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht der Schweiz
ital.	italienisch
i. V. m.	in Verbindung mit
IWRZ	Zeitschrift für internationales Wirtschaftsrecht
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl.	Juristische Blätter
JIA	Journal of International Arbitration
JPIL	Journal of Private International Law
JURA	Juristische Ausbildung
jurisPK	Juris Praxiskommentar
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KfzHaftRL	Richtlinie 2009/103/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 16.09.2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht
KlauselIRL	Richtlinie 93/13/EWG des Rates v. 05.04.1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – ABl. 1993 L 95, 29
KSÜ	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern; BGBl. II 2009, 603
lat.	lateinisch/er
lit.	littera

LMK	Lindenmaier-Möhring, Kommentierte BGH-Rechtsprechung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MüKo	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NILR	Netherlands International Law Review
NIPR	Nederlands Internationaal Privaatrecht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Nomos Kommentar
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
PIL	Private International Law
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBl.	Reichsgesetzblatt
Red.	Redaktion
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom I-VO“) – ABl. 2008 L 177, 6, berichtigt 2009 L 309, 87
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II-VO“) – ABl. 2007 L 199, 40, berichtigt 2012 L 310, 52
Rom III-VO	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates über zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts („Rom III-VO“) – ABl. 2010 L 343, 10
RRa	ReiseRecht aktuell
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
SanierungsRL	Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten – ABl. 2001 L 125, 15
SchrL	Schriftleitung
sog.	sogenannte
TranspR	Transportrecht (Zeitschrift)
T&C	Tekst & Commentaar
UAbs.	Unterabsatz
UN	United Nations
UN-Charta	Charta der United Nations, BGBl. 1973 II, 430
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)
Urt.	Urteil
v.	vom

Var.	Variante
VerbrauchsgüterkaufRL	Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.05.1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter – ABl. 1999 L 171, 12
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VO (EG) 883/2004	Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.04.2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – ABl. 2004 L 166, 1; berichtigt ABl. 2007 L 204, 30
VO (EG) 662/2009	Verordnung (EG) Nr. 662/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.07.2009 zur Einführung eines Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen zwischen Mitgliedsstaaten und Drittstaaten über spezifische Fragen des auf vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht – ABl. 2009 L 200, 25
VO (EWG) 3921/91	Verordnung (EWG) Nr. 3921/91 des Rates vom 16.12.1991 über die Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Binnenschiffsgüter- und -personenverkehr innerhalb eines Mitgliedsstaats, in dem sie nicht ansässig sind – ABl. 1991 L 373, 1
völkerrechtl.	völkerrechtlich
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung
WM	Wertpapiermitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
YbPIL	Yearbook of Private International Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZR	Zivilrecht
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
zw.	zwischen

Schaubild

Rechtsquellenkonflikte im Internationalen Privatrecht



Kapitel 1

Einleitung

A. Themenhinführung: Rechtsquellenkonflikt im IPR

In der juristischen Rechtsquellenlehre ist „als ‚Postulat‘ das Prinzip der [...] Widerspruchslosigkeit der Rechtsordnung“¹ bekannt.² Anders ausgedrückt, muss „die Rechtsordnung [...] eine in sich widerspruchslose Einheit bilden“.³ *Barczak* stellt jedoch fest, dass Konflikte zwischen Rechtsquellen „in einer ausdifferenzierten Rechtsordnung, die das Produkt vieler Gesetzgeber ist, eher die Regel als die Ausnahme“⁴ seien, und konstatiert: „Normenkonflikte gehören zum Alltag einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Rechtsordnung.“⁵ Der Reflex der Methodenlehre beim Auftreten eines Konflikts ist dessen Auflösung.⁶ 1

Gerade im IPR trifft der Rechtsanwender auf eine ausdifferenzierte Rechtsordnung als Produkt verschiedener Normgeber nach der rechtsmethodischen Beschreibung *Barczaks*. Mit der Zeit hat sich auf dem Gebiet des IPR eine Regelungsdichte aus nationalem Recht, europäischen Verordnungen sowie Richtlinien und völkerrechtlichen Verträgen entwickelt, die selbst für Experten nicht restlos zu überblicken ist,⁷ und in deren Folge ein „Anknüpfungswirrwarr“⁸ entsteht. *Siehr* sieht den Durchblick nur bei sogenannten „Chaosberatern“.⁹ 2

In einer solchen Regelungsdichte, die gerade aus den drei Regelungsebenen des IPR (nationalem Recht, Europarecht, Völkerrecht) resultiert, treten zwangsläufig Konflikte zwischen einzelnen Regelungen auf. Verschiedene Kollisionsnormen können denselben Regelungsgegenstand (Anknüpfungsgegenstand) be- 3

¹ *Engisch/Würtenberger/Otto*, Einführung in das juristische Denken, S. 232.

² Den Begriff der „Widerspruchslosigkeit“ verwendet außerdem bereits *Hans Kelsen* in seiner Reinen Rechtslehre, *Kelsen*, Reine Rechtslehre (1934), Studienausgabe, S. 144.

³ *Röhl/Röhl*, Allgemeine Rechtslehre, § 75 I.

⁴ *Barczak*, JuS 2015, 969, 969.

⁵ *Barczak*, JuS 2015, 969, 976.

⁶ *Barczak*, JuS 2015, 969, 969; *Röhl/Röhl*, Allgemeine Rechtslehre, § 18 II.

⁷ *Dostal*, ZVertriebsR 2019, 207, 207; *Garau Sobrino*, ZVglRWiss 2018, 24, 24 und 49; *Kropholler/Blobel*, in: FS Sonnenberger, 453, 454, die außerdem von sprudelnden Rechtsquellen sprechen.

⁸ *Staudinger*, in: FS Kropholler, 691, 691.

⁹ *Siehr*, in: FS Kropholler, 211, 226.

treffen, diesen aber einem anderen Ergebnis zuordnen.¹⁰ Für den Rechtsanwender stellt sich die Frage, welche Kollisionsnorm anzuwenden ist. *Siehr* bezeichnet dieses Phänomen daher als „Kollision des Kollisionsrechts“,¹¹ *Kreuzer* spricht von einer „Kollision der Kollisionsnormen“.¹²

- 4 Der beschriebene Reflex der Methodenlehre, entstehende Konflikte aufzulösen, greift ebenso im IPR. Im IPR kommen die Regelungen der Art. 23, 24, 25 Rom I-VO, Art. 27, 28 Rom II-VO sowie Art. 3 EGBGB in Betracht, um auftretende Konflikte aufzulösen.

B. Untersuchungsgegenstand und Ziele der Arbeit

- 5 Diese Arbeit betrachtet die Art. 23, 24, 25 Rom I-VO, Art. 27, 28 Rom II-VO sowie Art. 3 EGBGB kritisch und beschäftigt sich mit Konflikten, die aus diesen Normen resultieren. Dabei ist der Untersuchungsgegenstand auf die Analyse geschriebener Rechtssätze begrenzt. Der Art. 3 EGBGB bildet nur den hinweisenden Ausgangspunkt, eine Systematisierung des Normenbestandes aus Sicht des national-deutschen Gesetzgebers vorzunehmen.¹³ Die Art. 23, 25 Rom I-VO und Art. 27, 28 Rom II-VO sind hingegen echte Einfallstore dafür,¹⁴ dass neben europäisch vereinheitlichtem Kollisionsrecht weitere unionsrechtliche oder völkerrechtliche Kollisionsnormen bestehen. Weit überwiegend wird diesen vier Vorschriften der Charakter zugesprochen, unmittelbar ein Vorrangverhältnis aufzustellen.¹⁵ Mithin könnten Konfliktsituationen zwischen Kollisionsnormen über die vier „Vorrangregeln“ aufgelöst werden. Eine nähere Analyse zeigt jedoch, dass ein solches Verständnis erhebliche weitergehende Spannungsverhältnisse erzeugt. Die Arbeit erläutert deshalb zwei Dimensionen der Rechtsquellenkonflikte im IPR. Die erste Dimension umfasst Konflikte zwischen Kollisionsnor-

¹⁰ Zum Begriff umfangreich unten ab Rn. 27.

¹¹ *Siehr*, in: FS Kropholler, 211, 211 (Überschrift).

¹² *Kreuzer*, in: FS Kropholler, 129, 129.

¹³ Unten Rn. 106–112.

¹⁴ Es werden verschiedene Begriffe verwendet: *Brödermann*, NJW 2010, 807, 809 spricht von „Grenzen“; *Rühl/von Hein*, *RabelsZ* 79 (2015), 701, 716 sprechen von „Gap“; *Sonnenberger*, IPRax 2011, 325, 328 f. spricht von „Grenzen“, „Schönheitsfehler“ und „Schranke“.

Zu ähnlichem Problem mit Art. 71 Brüssel Ia-VO *Heinke*, Normenkollisionen von völkerrechtl. Übereinkommen mit der EuGVO, S. 34 ff. Auf die Parallelprobleme im internationalen Zivilverfahrensrecht wird in dieser Arbeit grundsätzlich nicht eingegangen.

¹⁵ Statt vieler *Sonnenberger*, IPRax 2011, 325, 328 f., der auf alle vier Vorschriften Bezug nimmt; für umfassende Nachweise jeweils zu Art. 23 Rom I-VO Kap. 5, Fn. 41, zu Art. 25 Rom I-VO Kap. 5, Fn. 366, zu Art. 27 Rom II-VO Kap. 5, Fn. 41, 259 und zu Art. 28 Rom II-VO Kap. 5, Fn. 529.

men und deren Auflösungsversuche,¹⁶ während die zweite Dimension weitergehende Spannungsverhältnisse durch die Auflösungsversuche beinhaltet.¹⁷

Insbesondere die kritische Analyse des tatsächlichen normativen Charakters der Art. 23, 25 Rom I-VO und Art. 27, 28 Rom II-VO sowie daraus resultierende Spannungsverhältnisse sind somit Gegenstand dieser Arbeit. Auch der Art. 24 Rom I-VO ist kritisch zu analysieren. Im Hintergrund steht dabei dauerhaft der Gedanke, dass das IPR gerade den Konflikt zwischen verschiedenen Privatrechtsordnungen auflösen soll, indem es vorgeschaltet das anwendbare Sachrecht ermittelt.¹⁸ Dass die Kollisionsnormen des IPR dabei selbst in einen Konflikt geraten, kann als besonders missliche sowie problematische Lage angesehen werden.¹⁹ Dabei dient eine Kollisionsrechtsvereinheitlichung grundsätzlich dazu einen Entscheidungseinklang zu erzeugen, ohne dafür vereinheitlichtes materielles Einheitsrecht zu erlassen.²⁰

Dass eine Europäisierung des IPR die Gefahr beinhaltet, Unsicherheit in das bestehende Kollisionsrechtssystem zu bringen, hat der europäische Gesetzgeber bereits während der Rechtssetzung erkannt. In Art. 27 Rom I-VO und Art. 30 Rom II-VO sind deshalb sogenannte Überprüfungsklauseln enthalten,²¹ die im Fall des Art. 30 I lit. ii) Rom II-VO sogar ausdrücklich auf das HStVÜ hinweisen, das in dieser Arbeit näher erläutert wird.²² Die Berichte der Kommission, welche inhaltlich die benannte Überprüfung enthalten sollten, sind bis heute allerdings überwiegend nicht ausgearbeitet worden.²³ Der Untersuchungsgegenstand bleibt damit von erläuterungsbedürftigem Interesse.²⁴

Die Ziele der Arbeit sind damit bereits deutlich. Die Rechtsquellenkonflikte innerhalb des IPR sind am Beispiel der Rom I-VO, der Rom II-VO und dem na-

¹⁶ Herleitung unter Rn. 52–57.

¹⁷ Herleitung unter Rn. 58–60.

¹⁸ *Kreuzer*, in: FS Kropholler, 129, 129 f.; *von Hein*, in: FS Schröder, 29, 29 f., zusammenfassend 42.

¹⁹ Vgl. *Garau Sobrino*, ZVglRWiss 2018, 24, 24 und 46–49; *Kreuzer*, in: FS Kropholler, 129, 129 ff., zusammenfassend 149 f.

²⁰ Vgl. *Dutta*, EuZW 2010, 530, 531; *Michaels*, in: FS Kropholler, 151, 159; *Stürner*, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 21; zum Begriff des Entscheidungseinklangs umfassend *Nietner*, Entscheidungseinklang, S. 7 ff.

²¹ Vgl. hierzu *von Hein*, in: FS Schröder, 29, 42.

²² Siehe unten ab Rn. 407.

²³ Statt vieler: *Leible*, in: NK-BGB, Rom-VO, Art. 27 Rom I-VO, Rn. 2; *Knöfel*, in: NK-BGB, Rom-VO, Art. 30 Rom II-VO, Rn. 2 mwN.

²⁴ Dies zeigt sogleich, dass der Europäisierung des IPR erhebliche Bedeutung bei der Entstehung von Rechtsquellenkonflikten im 21. Jahrhundert zukommt, was diese Arbeit umfangreich behandelt. Damit geht gleichzeitig eine Abkehr von den Problemen der Konventionskonflikte des 20. Jahrhunderts einher, die nur am Rand benannt werden; vgl. hierzu *Volken*, Konventionskonflikte.

tionalen deutschen Recht in allen Dimensionen ausfindig zu machen. Die Konflikte sind dabei systematisch zu erarbeiten und sinnvolle Auflösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Das Ziel ist, Konflikte zu verhindern und Widerspruchsfreiheit herzustellen. Dieser Zustand wird innerhalb der Arbeit als Kohärenz bezeichnet.²⁵ Da sich die Arbeit auf die Auflösung von Konfliktsituationen konzentriert, unterscheiden sich der Untersuchungsgegenstand und die verfolgten Ziele von der Koordinierung von Kollisionsnormen untereinander.²⁶

C. Gang der Untersuchung

- 9 Nach dieser Einleitung sind zunächst die Rechtsquellen des IPR detailliert darzustellen (Kapitel 2; ab Rn. 11). Danach ist genauer auf die Bedeutungen der verschiedenen Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit Rechtsquellenkonflikten allgemein und in Bezug auf das IPR einzugehen (Kapitel 3; ab Rn. 26). Im Anschluss sind die Ordnungsprinzipien des Recht darzustellen, die sich entwickelt haben, um Rechtsquellenkonflikten aus Sicht der juristischen Methodenlehre zu begegnen (Kapitel 4, A.; ab Rn. 65). In Kapitel 4 erfolgt außerdem eine erste Hierarchisierung der Normen im IPR, wobei dort bereits auf die Hinweissnorm des Art. 3 EGBGB näher einzugehen ist (B.; ab Rn. 105).
- 10 Die Kapitel 5 und 6 stellen den Hauptteil der der Arbeit dar. Es ist zu unterscheiden zwischen den *de lege lata* bestehenden Konflikten im Regelungsnetz des IPR (Kapitel 5; ab Rn. 120) sowie Auflösungsmöglichkeiten für die bestehenden Konflikte *de lege ferenda* durch eine weitere Vereinheitlichung des Regelungsbestands (Kapitel 6; ab Rn. 441). In den Konflikten im aktuellen Regelungsbestand des IPR *de lege lata* sind die Art. 23, 24, 25 Rom I-VO und Art. 27, 28 Rom II-VO näher zu analysieren und entstehende Spannungsverhältnisse auszumachen. Dabei können bereits *de lege lata* Auflösungsmöglichkeiten erläutert werden. Somit liegt in diesem Bereich der klare Schwerpunkt der Arbeit. Insgesamt ist sowohl *de lege lata* als auch *de lege ferenda* zwischen Konflikten innerhalb einer Normebene (ebeneninterne Konflikte) und Konflikten zwischen den Normebenen (ebenenexterne Konflikte) zu differenzieren.

²⁵ Vgl. hierzu auch *Basedow*, in: von Hein/Rühl, Kohärenz, 3, 8; *Wilke*, JPIL 2020, 163, 166 f.

²⁶ Trotz gewisser Überschneidungspunkte, vgl. Formulierung *Kreuzer*, in: FS Kropholler, 129, 129 f.; siehe zu Fragen der Koordinierung *Bader*, Koordinationsmethoden im IPR und IZVR, S. 4 ff., dessen Dissertationsschrift während des Anfangs der Bearbeitungszeit dieser Arbeit erschienen ist und nachträglich eingearbeitet werden konnte.

Kapitel 2

Rechtsquellen des IPR

Zu Beginn der Arbeit sind die Rechtsquellen des IPR aufzuzeigen. Das IPR in Form von Kollisionsregeln ist *de lege lata* keinesfalls in einer Gesamtkodifikation geregelt.¹ Es finden sich Kollisionsregeln verteilt im nationalen Recht (A.), im Europarecht (B.) und im Völkerrecht (C.). Es bestehen mithin nationale und internationale Regelwerke zum IPR.² Mit der Zeit ist ein regelrechtes Regelungsnetz entstanden, welches im Folgenden aufgespannt wird. Hierdurch kann eine Annäherung an das Problem der Rechtsquellenkonflikte erfolgen. Es sollen keinesfalls alle Rechtsquellen des IPR aufgezählt werden. Es erfolgt eine systematische Darstellung anhand der drei Regelungsebenen des IPR. 11

A. Nationales Recht (am Beispiel des deutschen Rechts)

Die erste Rechtsquellenebene des IPR ist das nationale IPR.³ Es enthält die Kollisionsnormen, die von den Gesetzgebern der einzelnen Nationalstaaten erlassen werden und nur in diesem Staat Anwendung finden. Nicht hierzu zählen die vom nationalen Gesetzgeber umgesetzten völkerrechtlichen Verträge.⁴ Diese gehören zur Ebene der Kollisionsregeln im Völkerrecht. Daher wird das nationale 12

¹ Kadner Graziano, in: von Hein/Rühl, Kohärenz, 44, 44 ff.; Kieninger, IPRax 2017, 200, 201; Rigaux, Louisiana Law Review 2000, 1321 ff.; von Hein, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 69; der Normenbestand im EGBGB konnte vor der Europäisierung des IPR als Kodifikation bezeichnet werden: M. Stürner, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 16.

² Unter anderem: Fervers, in: BeckOGK, EGBGB, Art. 3 EGBGB, Stand: 01.07.2021, Rn. 2 ff. und 11; Freitag, in: NK-BGB, AT und EGBGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 11 ff.; Junker, IPR, § 2, Rn. 1; Mörsdorf, in: Prütting/Wegen/Weinreich, BGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 14 ff.; Thorn, in: Grüneberg, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 5 f.; von Hein, in: MüKo, BGB, IPR I, Einl. IPR, Rn. 27; M.-P. Weller/Hategan, JuS 2016, 969, 970.

³ Freitag, in: NK-BGB, AT und EGBGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 11 ff.; Junker, IPR, § 2, Rn. 33; Lorenz, in: BeckOK, BGB, Einl. IPR, Rn. 15; Mörsdorf, in: Prütting/Wegen/Weinreich, BGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 14 und 15; Thorn, in: Grüneberg, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 5.

⁴ Dörner, in: Schulze, BGB, Vorb. Art. 3–6 EGBGB, Rn. 9; Junker, IPR, § 2, Rn. 1 und 33; Mörsdorf, in: Prütting/Wegen/Weinreich, BGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 14.

IPR als autonomes IPR bezeichnet.⁵ Im deutschen Recht entspricht das nationale IPR den Art. 3 bis Art. 48 EGBGB⁶ und verteilten Einzelschriften wie den §§ 335–342 InsO, 32b UrhG, 19 AnfG, 185 II GWB oder den Art. 60–66 ScheckG.⁷

- 13 Zu diesem geschriebenen Kollisionsrecht können außerdem allgemein anerkannte Regeln zählen, die nicht gesetzlich normiert sind.⁸ Zu nennen sind kollisionsrechtliche Institute aus richterlicher Rechtsfortbildung. Im Bereich des deutschen IPR ist hier das internationale Gesellschaftsrecht relevant. Auf Grund der fehlenden Normierung hat der BGH eigene Kollisionsregeln für das internationale Gesellschaftsrecht entworfen.⁹ Auf diese ungeschriebenen Regeln wird nicht weiter eingegangen.

B. Europarecht

- 14 Die zweite Rechtsquellenebene des IPR ist das Europarecht als international, heteronome Regelungsebene. Es bestehen weitreichende Vereinheitlichungen des IPR innerhalb der EU. Kollisionsregeln finden sich dabei überwiegend im Sekundärrecht der EU (I.). Vereinzelt werden aus dem Primärrecht der EU (II.) kollisionsrechtliche Elemente abgeleitet.¹⁰

⁵ Freitag, in: NK-BGB, AT und EGBGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 11; Lorenz, in: BeckOK, BGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 4 ff.; Mörsdorf, in: Prütting/Wegen/Weinreich, BGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 14; Rauscher, IPR/IZVR, § 1, I. vor Rn. 79; M. Stürner, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 15 f.

⁶ Die Art. 46a bis Art. 48 EGBGB dienen der Umsetzung europäischer Richtlinien. Ob diese tatsächlich zum autonom gesetzten Recht der Bundesrepublik Deutschland zählen, kann unterschiedlich betrachtet werden (vgl. M. Stürner, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 15 f.; oder Lorenz, in: BeckOK, BGB, Einl. IPR, Rn. 15; Junker, IPR, § 2, Rn. 40 spricht von „halbautonomen“ Normen). Wichtig ist für diese Bearbeitung, dass es sich jedenfalls um nationales Recht handelt und die Richtlinien keine unmittelbare Geltung entfalten.

⁷ Unter anderem: Fervers, in: BeckOGK, EGBGB, Art. 3 EGBGB, Stand: 01.07.2021, Rn. 104 f.; Maus, in: jurisPK, BGB, IPR, Art. 3 EGBGB, Rn. 39; Mörsdorf, in: Prütting/Wegen/Weinreich, BGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 14; M. Stürner, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 17.

⁸ Fervers, in: BeckOGK, EGBGB, Art. 3 EGBGB, Stand: 01.07.2021, Rn. 103 f.; Maus, in: jurisPK, BGB, IPR, Art. 3 EGBGB, Rn. 39; Rauscher, IPR/IZVR, § 1, Rn. 81; M. Stürner, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 18.

⁹ Vgl. BGH v. 30.01.1970 – V ZR 139/68, BGHZ 53, 181; BGH v. 30.03.2000 – VII ZR 370/98, EuZW 2000, 412; BGH v. 27.10.2008 – II ZR 158/06, BGHZ 178, 192.

¹⁰ Zum gesamten Absatz: Junker, IPR, § 2, Rn. 3; Lorenz, in: BeckOK, BGB, Einl. IPR, Rn. 26; M. Stürner, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 21; Thorn, in: Grüneberg, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 5 und Art. 3 EGBGB, Rn. 8 ff.; von Hein, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 29 ff.

I. Kollisionsnormen im Sekundärrecht der EU

Die EU hat mit dem Vertrag von Amsterdam¹¹ eine Rechtssetzungsbefugnis auf dem Gebiet des IPR erhalten, welche sich heute in Art. 81 II lit. c) AEUV findet.¹² Von der Rechtssetzungsbefugnis hat die EU bereits vielfach Gebrauch gemacht und für Teilbereiche des IPR Regelungen erlassen. Das Ziel der EU ist das Erreichen einer rechtlichen Integration der Mitgliedsstaaten durch eine justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen, vgl. Art. 3 II EUV und Art. 67 I, IV, 81 I AEUV.¹³ Es soll ein europäischer Entscheidungseinklang entstehen.¹⁴ Die Umsetzung der Rechtssetzungsbefugnis kann in Form der Verordnung (Art. 288 UAbs. 2 AEUV) oder der Richtlinie (Art. 288 UAbs. 3 AEUV) erfolgen. Dazu hat die EU auf dem Gebiet des IPR überwiegend die Form der Verordnung verwandt. Zunächst war jedoch umstritten, ob aus der Rechtssetzungsbefugnis eine Ermächtigung zur Verordnungssetzung im IPR resultiere.¹⁵ Grundlage für diese Problemstellung war der Wortlaut des Art. 65 lit. b) EGV. Dieser sah nur eine *Förderung* der Vereinbarkeit der Kollisionsnormen der Mitgliedsstaaten vor.¹⁶ Eine derartige *Förderung* sollte nur durch Richtlinien möglich sein. Mit der Änderung des Wortlauts in Art. 81 II lit. c) AEUV fiel das Merkmal der *Förderung* weg, was abschließend für eine Umsetzung in Verordnungen spricht. Außerdem lässt sich nur mit unmittelbar in den Mitgliedsstaaten geltenden Verordnungen eine einheitliche Kollisionsrechtsvereinheitlichung innerhalb der EU erreichen. Eine Umsetzung in Richtlinien bürgt das Risiko einer unterschiedlichen Umsetzung in den Mitgliedsstaaten. Ein europäischer Entscheidungseinklang ist nur mit unmittelbar geltenden Kollisionsregeln zu erreichen.¹⁷ Vorzugswürdig nutzt

15

¹¹ Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte v. 02.10.1997, ABl. EG 1997 C 340, 1.

¹² *Trüten*, Entwicklung des IPR in der EU, S. 195 f.; *Schiffbauer*, in: Schöbener, Europarecht Lexikon, Rn. 2022 ff.; zur Änderung durch den Vertrag von Amsterdam und deren Folge: *Jayme/Kohler*, IPRax 1999, 401, 401 ff.

¹³ Ausnahmen gelten für Irland (gem. Protokoll [Nr. 21] zum AEUV) und Dänemark (gem. Protokoll [Nr. 22] zum AEUV). Außerdem besteht noch ein ungeklärtes Verhältnis zu Großbritannien durch den Brexit, vgl. Art. 66 ff. Austrittsabkommen (ABl. 2020 L 29/7).

¹⁴ *Freitag*, in: NK-BGB, AT und EGBGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 18; *Kreuzer*, in: FS Kropholler, 129, 142; *Mansel*, in: Jauernig, BGB, Vorb. Rom I-VO, Rn. 4; *Rosenau/Petrus*, in: Vedder/Heintschel von Heinegg, Europäisches Unionsrecht, Art. 81 AEUV, Rn. 3; umfangreich: *Nietner*, Entscheidungseinklang, insbes. S. 9 f.

¹⁵ *Pfeiffer*, NJW 1999, 3674, 3674; *Sonnenberger*, IPRax 2011, 325, 326; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 35.

¹⁶ *Sonnenberger*, IPRax 2011, 325, 326; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 35.

¹⁷ Zur gesamten Argumentation: Europäische Kommission, Grünbuch v. 14.01.2003, KOM

die EU deshalb die Umsetzungsform der Verordnung, wobei eine Verwendung von Richtlinien weiterhin möglich bleibt.

- 16 Die EU hat zuvörderst eine Vielzahl an in sich abgeschlossenen Verordnungen im Sekundärrecht erlassen, die jeweils einen begrenzten Themenbereich betreffen. Von einer *in sich abgeschlossenen Verordnung* ist zu sprechen, wenn diese den begrenzten Themenbereich abschließend und umfangreich zu regeln versucht. Als in sich abgeschlossene Verordnungen, die nur Kollisionsregelungen zu jeweils einem Themenbereich enthalten, sind die Rom I-VO, die Rom II-VO und die Rom III-VO¹⁸ zu nennen. Verordnungen, die Kollisionsrecht mit internationalem Zivilverfahrensrecht enthalten, sind die EuErbVO, die EuInsVO, die EuGüVO/EuPartVO¹⁹ und die EuUntVO. Alle Verordnungen der EU behandeln jedoch nur Teilbereiche des IPR. Daher kann von einem fragmentarischen Charakter des europäischen IPR gesprochen werden.²⁰ Es existiert keine einheitliche Kodifikation des IPR im Sekundärrecht der EU.²¹ Es fehlen beispielsweise grundlegende Regelungen im Bereich des allgemeinen IPR, des Gesellschaftsrechts und des Sachenrechts.²² Daneben nutzt die EU in Ausnahmefällen die Rechtssetzungsmöglichkeit einzelner Kollisionsnormen in Verordnungen und Richtlinien. Zu nennen sind insbesondere Normen in Richtlinien, die Schwächerenschutz innerhalb der EU gewährleisten sollen. Hier verwendet die EU teilweise Kollisionsrecht, um den Schwächerenschutz der EU tatsächlich gewährleisten oder verstärken zu können.²³ Kollisionsnormen in Richtlinien sind der Art. 6 II KlauselRL, der Art. 12 II Finanzdienstl.-FernabsatzRL oder der Art. 10

2002, 654, 19; *Kotzur*, in: Geiger/Khan/Kotzur/Kirchmair, EUV/AEUV, Art. 288 AEUV, Rn. 11; *D. Schroeder*, in: Schöbener, Europarecht Lexikon, Rn. 2626 ff.; *W. Schroeder*, in: Streinz, EUV/AEUV, Art. 288 AEUV, Rn. 74; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 35; *R. Wagner*, IPRax 2014, 217, 220; *R. Wagner*, IPRax 2019, 185, 187.

¹⁸ Die Rom III-VO ist im Zuge einer verstärkten Zusammenarbeit (Art 20 EUV i. V. m. Art. 326–334 AEUV) zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten ergangen, sodass diese nicht in allen Mitgliedsstaaten gilt.

¹⁹ Auch die EuGüVO und EuPartVO sind im Zuge einer verstärkten Zusammenarbeit (Art. 20 EUV i. V. m. Art. 326–334 AEUV) zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten ergangen, sodass diese nicht in allen Mitgliedsstaaten gelten.

²⁰ *M. Stürner*, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 21; wird deutlich durch die Aufgliederung bei *Trüben*, Entwicklung des IPR in der EU, S. 501 ff.

²¹ *Basedow*, in: von Hein/Rühl, Kohärenz, 3, 9; *Kieninger*, IPRax 2017, 200, 201; *Schulz*, in: von Hein/Rühl, Kohärenz, 110, 142 f.; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 69 ff.

²² *Basedow*, in: von Hein/Rühl, Kohärenz, 3, 9; *Kieninger*, IPRax 2017, 200, 201; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 74.

²³ Insgesamt zum Schwächerenschutz in Richtlinien: *Hausmann*, in: Hausmann/Odersky, IPR, § 1, Rn. 60 ff.; *Kieninger*, in: FS Kropholler, 499, 499 ff.; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 76 ff.

SanierungsRL. Vereinzelt auftretende Normen in Verordnungen neben der Rom I-VO oder der Rom II-VO könnten beispielsweise Art. 3 lit. a) VO (EWG) 3921/91 (unten ab Rn. 163) oder Art. 85 VO (EG) 883/2004 darstellen.

Die Folge einer europäischen Sekundärrechtsvereinheitlichung des IPR ist, dass über die Anwendung einheitlicher Kollisionsnormen alle mitgliedstaatlichen Gerichte auf der Grundlage desselben materiellen Rechts entscheiden.²⁴ Dies fördert einen europäischen Entscheidungseinklang ohne eine Vereinheitlichung des materiellen Privatrechts auf europäischer Ebene.²⁵ Von einer weiteren Vereinheitlichung des IPR auf der Sekundärrechtsebene der EU ist auszugehen.²⁶

17

II. Kollisionsrecht im Primärrecht der EU

Daneben tritt eine kollisionsrechtliche Bedeutung des Primärrechts der EU. Das Primärrecht der EU enthält keine ausdrücklichen Kollisionsnormen, ausgenommen der Art. 335, 340 AEUV, die die privatrechtliche Handlungsfähigkeit und Haftung der EU betreffen.²⁷ Es setzt vielmehr in gewissen Teilen kollisionsrechtliche Maßstäbe.²⁸ Es werden teilweise versteckte Kollisionsnormen angenommen.²⁹ Unstrittig ist jedenfalls die allgemeine Bedeutung des Primärrechts der EU für das IPR. Zu nennen sind hier das internationale Namensrecht und das internationale Gesellschaftsrecht.³⁰ Für das internationale Gesellschaftsrecht hat der EuGH in einer langen Rechtsprechungshistorie die Bedeutung der Art. 49, 54 AEUV herausgearbeitet. Die Folge dieser Rechtsprechung ist, dass innerhalb der EU bei sogenannten Zuzugsfällen nur die Gründungstheorie mit dem Vertragstext des AEUV vereinbar ist.³¹ Eine ähnliche Entwicklung ist im internationalen Namensrecht festzustellen. Hier hat der EuGH die kollisionsrechtliche Bedeu-

18

²⁴ Vgl. ErwGr (6) Rom I-VO; ErwGr (6) Rom II-VO; ErwGr (37) EuErbVO.

²⁵ *Nietner*, Entscheidungseinklang, S. 9 f.; *Rossi*, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, Art. 81 AEUV, Rn. 7; *M. Stürner*, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 21.

²⁶ *Lorenz*, in: BeckOK, BGB, Einl. IPR, Rn. 26; *Mansel/Thorn/Wagner*, IPRax 2014, 1, 1 ff.; *M. Stürner*, in: Erman, BGB, Einl. vor Art. 3 EGBGB, Rn. 15 und 21; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 69 ff.

²⁷ *Lorenz*, in: BeckOK, BGB, Einl. IPR, Rn. 26; *Maus*, in: jurisPK, BGB, IPR, Art. 3 EGBGB, Rn. 41 ff.; *von Hoffmann/Thorn*, IPR, § 1, Rn. 105 ff.

²⁸ *Mörsdorf*, in: Prütting/Wegen/Weinreich, BGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 20; *Thorn*, in: Grüneberg, BGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 6; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 92.

²⁹ So *Hoffmann*, in: NK-BGB, AT und EGBGB, Anh. Art. 12 EGBGB, Rn. 79 ff.; *Thomale*, NZG 2011, 1290, 1293; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 117; aA *Mansel*, RabelsZ 70 (2006), 651, 674; *Kindler*, IPRax 2009, 189, 191.

³⁰ *Freitag*, in: NK-BGB, AT und EGBGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 57; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 92.

³¹ Insgesamt: EuGH, v. 09.03.1999, Rs. C-212/97 – Centros; EuGH, v. 05.11.2002, Rs. C-208/00 – Überseering; EuGH, v. 30.09.2003, Rs. C-167/01 – Inspire Art; EuGH, v. 16.12.2008,

tung des Art. 21 AEUV unter Hinzuziehung der Art. 18 und 20 AEUV festgeschrieben. Hieraus resultiert die Folge, dass ein in einem Mitgliedsstaat erworbener Name in Grenzen gleichfalls in anderen Mitgliedsstaaten geführt werden kann.³²

C. Völkerrecht

- 19 Neben diese beiden Regelungsebenen des IPR treten völkerrechtliche Verträge (Konventionen, Übereinkommen) mit kollisionsrechtlichem Inhalt.³³ Hierbei handelt es sich ebenfalls um eine international, heteronome Regelungsebene. Verschiedene Staaten schließen jeweils völkerrechtliche Verträge ab, welche die Vertragsstaaten zur Umsetzung gewisser Kollisionsnormen verpflichten. Neben einzelnen Nationalstaaten, kann zugleich die EU als Vertragspartner auftreten, gem. Art. 216 I AEUV. Zu unterscheiden sind multilaterale Verträge (I.) und bilaterale Verträge (II.). Das verfolgte Ziel bei der Kollisionsrechtssetzung in völkerrechtlichen Verträgen ist die Erreichung eines internationalen Entscheidungseinklangs.³⁴ Die Gerichte der Vertragsstaaten sollen auf Grundlage desselben materiellen Rechts entscheiden, ohne dass eine Vereinheitlichung des materiellen Rechts erfolgt.

I. Multilaterale völkerrechtliche Verträge

- 20 Die erste Erscheinungsform der völkerrechtlichen Verträge im IPR ist der multilaterale Vertrag. Ein multilateraler Vertrag gilt zwischen mehr als zwei Mitgliedsstaaten.³⁵ Dadurch wird eine weitreichendere Vereinheitlichung des Kollisionsrechts erzielt als in bilateralen Verträgen und der angestrebte Zweck der internationalen Vereinheitlichung des IPR über völkerrechtliche Verträge wird verstärkt.³⁶

Rs. C-210/06 – *Cartesio*; *Servatius*, in: Henssler/Strohn, Gesellschaftsrecht, Int. Gesellschaftsrecht, Rn. 1 ff.

³² Insgesamt: EuGH, v. 02.10.2003, Rs. C-148/02 – *Garcia Avello*; EuGH, v. 14.10.2008, Rs. C-353/06 – *Grunkin-Paul*; *von Hein*, in: MüKo, BGB, IPR I, Art. 3 EGBGB, Rn. 126 f.; Grenze: EuGH, v. 22.12.2010, Rs. C-208/09 – *Sayn-Wittgenstein*.

³³ Statt vieler: *Looschelders*, in: Staudinger, BGB, Einl. IPR, Rn. 551 ff.; *Mörsdorf*, in: Prütting/Wegen/Weinreich, BGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 21; *Rauscher*, IPR/IZVR, § 1, Rn. 93 ff.

³⁴ *Freitag*, in: NK-BGB, AT und EGBGB, Art. 3 EGBGB, Rn. 18; *Kropholler*, IPR, § 6; umfangreich: *Nietner*, Entscheidungseinklang, S. 7 ff.

³⁵ Zu beiden: *Lorenz*, in: BeckOK, BGB, Einl. IPR, Rn. 18; *Meyer-Spahrenberg*, Staatsvertragliche Kollisionsnormen, S. 22 f.; *Rauscher*, IPR/IZVR, § 1, Rn. 95 ff.

³⁶ *Kropholler*, IPR, § 6 III.; *Meyer-Spahrenberg*, Staatsvertragliche Kollisionsnormen, S. 21 ff.; *Pertegas*, in: Encyclopedia PIL, 1743, 1744.

Stichwortverzeichnis

Die Verweise beziehen sich auf die jeweiligen Randnummern.

- Abwägung 374, 420
Allgemeine Geschäftsbedingungen 221, 234
allseitige Kollisionsnormen 159, 260, 338, 432, 448
Anknüpfungsgegenstand 34, 51, 467
Anknüpfungspunkt 34, 36, 54, 99
Anwendungsvorrang 77, 107, 153, 332
Arbeitnehmerentsendung 204
Arbeitsvertrag 213
Auflösungsbefugnis 363, 415
Auflösungsmöglichkeiten 55, 58, 183, 366, 417
Ausgleich 374
Auslegungshilfe 109, 149
Auslegungsinstanz 487
Außenkompetenz 114, 362, 415, 481
Ausweichklauseln 183
- Bedeutungsverlust 127
Beendigung 310
Beförderungsverträge 169
berührt nicht (Wortlaut Art. 23, 25 I Rom I-VO und Art. 27, 28 I Rom II-VO) 146, 266, 326 ff., 382, 395 f., 432
Binnenschiffahrtsskabotage 165
- cessante ratione legis cessat lex ipsa* 300
CISG 22, 335 ff., 347 f.
- Dauerschuldverhältnisse 316 ff.
de lege ferenda (Vorschläge; weitere Vereinheitlichung) 10, 160, 415, 435, 441 ff., 458 ff., 491
de lege lata (Konflikte und Lösungsmöglichkeiten) 10, 120 ff., 183, 186, 191, 253, 259, 366, 415, 417, 448, 452
- Definition Normenkonflikt 30
Definition Kollisionsnorm 159, 190, 448
Drittstaaten 21, 116, 359, 364, 370, 384
Dt.-Iran. NiederlAbk. 24, 54, 58, 289 ff., 433, 459 f.
- ebenenexterner Konflikt 39, 286, 458
ebeneninterner Konflikt 39, 122, 446
Einfallstore 5, 138, 447
Eingriffsnormen 159, 209, 449
einschränkende Auslegung 186, 259, 270, 371, 420
einseitige Kollisionsnorm 158 f., 336, 449
enger Zusammenhang 217
engste Verbindung 444
Entscheidungsbefugnis 386
Entwertung 180, 365
Erfolgsort 408, 413 f.
Erwägungsgründe 134, 432, 466
europäisch autonomes Verständnis 159, 190, 338
europäischer Entscheidungseinklang 15, 251, 473, 476
Europäisierung des IPR 50, 354, 454
europarechtsfreundliche Auslegung 80 ff.
europarechtskonforme Auslegung 76, 102
EVÜ 147, 305 ff., 328 f.
EWR 218, 262
- Flickenteppich 55, 354, 412
forum shopping 58, 356, 413
fragmentarischer Charakter 16, 131
- Gemeinschaftskollisionsrecht 138, 148 f., 151, 190, 268 f., 434 f., 450
Gerichtsstand 356, 413

- Gesamtkodifikation 454 f.
 Gesamtverweisung 36, 292, 367, 418
 Günstigkeitsvergleich 232
- HCCH 21, 341, 480 f., 482 ff., 487, 496
 Hinweinsnorn 106, 107, 109, 144, 385, 395
 HKaufÜ 343 ff., 476
 HProdHaftÜ 397 f., 401, 403 ff., 476
 HStVÜ 54, 397 f., 401, 407 ff., 476
- Idealweg 491, 493
 internationaler Entscheidungseinklang 19, 49, 476, 494 ff.
 intertemporaler Konflikt 41, 305
ius cogens 114
- Kaufvertrag 234, 345, 349
 Kohärenz 8, 48, 95, 134, 463, 465
 Kollisionsnorm 34 f., 151, 448
 kollisionsrechtliche Abgrenzungsnormen 159, 432, 449
 Kompetenzchaos 362, 415, 439
 Konflikt der ersten Dimension 52
 Konflikt der zweiten Dimension 58
 kongruente Ergebnisse 432
 konkludente Beendigung 311
 Konkurrenzregeln 67, 98
 konstitutiv 112, 154, 270
 Konsumtion 67
 Konventionskonflikte 55, 281 ff., 457
- lex fori* 159, 235, 319
lex posterior 71, 100, 180, 285, 294, 377
lex specialis 57, 70, 100, 285, 422
lex superior 69, 100, 108, 287, 293
loi uniforme 289, 314, 344, 401, 457, 462
- materielles Einheitsrecht 160, 337, 348, 399
 Modernisierung 458, 482 f.
- n' affecte pas (Wortlaut Art. 25 I Rom I-VO und Art. 28 I Rom II-VO) 327, 395, 432
 Neutralität des IPR 444, 481
 Nichtigkeitsklage 207, 208
 Normenhierarchie 107, 114, 374
 Normenkollision 30 ff., 37, 100
 Normenkonflikt 1, 29, 30, 34, 38, 47
 Normenkonkurrenz 30 ff., 37, 67
 Normenumfeld 296, 300
- Ordnungsprinzipien des Rechts 57, 64, 96 f.
ordre public 296
- pacta sunt servanda* 108, 116, 331
 Primärrecht 18, 76 f., 114, 277, 379, 427 f.
 primärrechtlich geboten 385, 475
Principles 22, 341, 465, 484
 Produkthaftung 404
- Rang einfachen Bundesrechts 85, 110, 332
 Rechts- und Geschäftsfähigkeit 126, 292
 Rechtsklarheit 68, 175, 189, 445
 rechtsordnungsfreundliche Auslegung 93
 rechtspolitische Erwägungen 386
 Rechtssetzungsbefugnis 15, 50, 287
 Rechtssetzungsebene 39, 47, 50, 92
 Rechtsunsicherheit 177, 245, 360 f., 472
 Rechtswahlklausel 221, 223
 Regelungsebene 11
 Richtlinienkollisionsrecht 153 ff., 195, 243, 451
 Rücksichtnahmeklausel 337, 397, 457
- Sachnormverweisung 36, 54, 291 f., 301
 shall not prejudice (Wortlaut Art. 25 I Rom I-VO und Art. 28 I Rom II-VO) 327, 395, 432
 Spannungsverhältnisse 5, 58 ff., 441
 Spezialität 67, 99
 Staatenverbund 310, 384
 Straßenverkehrsunfall 397, 414
 Stufenverhältnis 256 ff.
 Subsidiarität 67, 99
 Suspendierung 282, 310
- Teilkodifikation 133, 450
 teleologische Reduktion 367
 Transparenzverlust 245, 270
treaty override 110 ff., 119, 299, 377
- Überprüfungsklausel 7
 Umsetzungsfreiheit 252
 Umsetzungsrecht 155, 196 ff., 209, 452
 Unfallort 407, 408
- Verbraucherschutz 217, 229, 230 ff.
 Vereinheitlichung 441
 Versteinerung 363, 384, 415, 439, 496
 Vertragsbruch 382

- VO (EG) 662/2009 364, 416
völkerrechtliche Verträge 19, 49, 85, 108,
113 f., 282 ff., 289, 332
völkerrechtsfreundliche Auslegung 88, 110,
301 f.
völkerrechtskonforme Auslegung 84
Vorrangcharakter 150, 268, 327, 395, 432,
435
Vorrangregel 138, 400
Widerspruchsfreiheit 8, 131, 134
Wiener Vertragsrechtskonvention 89,
282 ff., 310, 311 f.
Zersplitterung 58, 354 f., 439
Zerstückelung 174 f., 245
Zirkelschlüsse 291, 398
Zulassungsstaat 54, 407
Zwei-Stufen-Plan 493, 496